

Die Kirchengemeinde Sandesneben lädt ein:

Regionaler Geschichtsabend

**Forschungen zum
Nationalsozialismus
in unserer Region**

mit Astrid Bußenius und Christian Lopau

**am Mittwoch, den
01.07.2015
um 19.00 Uhr
im Alten Pastorat,
(Altes Dorf 5, Sandesneben)**

Am 8. Mai jährte sich das Ende des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum 70. Mal. In der Öffentlichkeit war das Thema in den letzten Monaten sehr präsent. Darstellungen der letzten Kriegstage, die Erinnerung an Opfer des Krieges und der Verfolgung durch die Nationalsozialisten, Dokumentationen und Informationen waren in den Medien zu finden.

Dies ist Anlass genug, sich einmal mit dem Nationalsozialismus in unserer unmittelbaren Umgebung, im Kreis, in Sandesneben und einigen umliegenden Dörfern zu beschäftigen.

Sie sind herzlich zu diesem interessanten Abend eingeladen.



(Marsch zum 1. Mai 1938 in Mölin, Quelle: Möliner Stadtarchiv)

Der Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der Zwangsarbeit im Amt Bordsesholm (1939–1945) und seine Entstehungsgeschichte

Die Geschichte der Zwangsarbeit von Ausländern im Amt Bordsesholm in der nationalsozialistischen Zeit ist bisher in der Gemeinde Brügge am umfassendsten erforscht worden: Hier liegt seit dem Jahre 2002 eine Chronik vor, in der diese Thematik durch die intensive Auswertung der Angaben im Einwohnermelderegister hinreichend abgehandelt werden konnte.¹

Die Gemeinde Wattenbek stellte bereits im Jahre 1995 einen Geldbetrag in Höhe von 10.000 DM zur Verfügung, um drei ehemalige Zwangsarbeiter aus Polen mit jeweils einer Begleitperson zu einem Besuch an ihrer alten „Wirkungsstätte“ einzuladen. Janusz Smoczyński aus Poznan sowie Stanisław Jesionek und Ryszard Samulczyk aus Lodz nahmen die Einladung gerne an und kamen im Herbst des Jahres 1995 für eine Woche nach Wattenbek und Bordsesholm zu Besuch. Die eindrucksvollste Veranstaltung fand in diesem Rahmen im Feuerwehrgerätehaus in Watten-

bek statt: Der Versammlungsraum war festlich geschmückt, und die drei Herren berichteten den zahlreich erschienenen Einwohnern Wattenbeks von ihren Erlebnissen als Zwangsarbeiter bei der Baufirma Habermann & Guckes in der Zeit von 1940 bis 1945.² Die Kieler Baufirma hatte im Frühjahr 1940 einmalig 34 Polen vom Arbeitsamt in Neumünster als Arbeitskräfte für ihr Kieswerk in Brüggerholz zugewiesen bekommen.

Für die Männer aus Polen wurde damals am Bahnhof an der Kiesverladestation eine Holzbaracke neu errichtet. Diese befand sich auf Wattenbeker Gebiet, und zwar östlich der Bahnlinie Kiel–Hamburg und südlich der späteren Umgehungsstraße L49. Heute befindet sich auf dem Gelände das Getränkelerager der Firma Hoffmann.

Das Einwohnermelderegister wurde zwar 1992/93 umfassend ausgewertet, doch die daraus gewonnenen Erkenntnisse zum Einsatz von Zwangsarbeitern im Dorf

1. Uwe Fentsahm, Brügge in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus (1919–1945). In: Chronik der Gemeinde Brügge, hg. von der Gemeinde Brügge. Bordsesholm 2002, S. 174ff.

2. Über die Kontaktaufnahme zu den drei Polen liegt folgender Bericht von Uwe Fentsahm vor: „Auf den Spuren der polnischen Zwangsarbeiter in Wattenbek – oder: Die etwas andere Urlaubsreise“. In: Mitteilungen des Geschichtsvereins für das ehemalige Amt Bordsesholm, Heft 4 (1995), S. 9ff.

Wattenbek liegen bisher noch nicht in schriftlicher Form vor.³

Anders sieht es mit dem großen Wohnlager der Kieler Deutsche Werke Werft (DWK) aus, das 1941 in Wattenbek im Bereich des heutigen Saalskamp, Birkenweg, Buchenweg gebaut wurde. Die DWK hat hier östlich der heutigen Schulstraße 11 Wohnbaracken errichten lassen, in denen bis zu 500 zivile Zwangsarbeiter – vor allem aus Frankreich – untergebracht werden konnten. Die Arbeiter bzw. ihre Arbeitskraft sollte hier besser gegen feindliche Bombenangriffe geschützt werden. Sie mussten jeden Morgen die Brügger Chaussee entlang marschieren, um über den Bordesholmer Bahnhof mit dem Zug zur Arbeit auf der Kieler DWK-Werft zu gelangen. Abends erfolgte der Weg in umgekehrter Richtung. Wattenbek war somit Teil eines groß angelegten Lagersystems der DWK rund um Kiel.⁴

Gegen Ende des Jahres 1999 konnte man in einem Artikel der *Kieler Nachrichten* lesen, dass in der Gemeinde Bordesholm geprüft werden sollte, wie viele Zwangsarbeiter beim Bau der Finnenhaussiedlung 1942/43 eingesetzt worden seien. Aus diesem Vorhaben ist leider

nichts geworden. Außerdem wäre es notwendig gewesen, eine umfassendere Bestandsaufnahme zu machen, da der Einsatz von Zwangsarbeitern in Bordesholm viel umfangreicher und vielfältiger gewesen ist.⁵

Im Jahre 2005 gab es Überlegungen in Bordesholm, ob die Gemeinde nicht auch – wie die Gemeinde Büdelsdorf – dem neu gegründeten „Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter“ beitreten sollte. Doch auch diese Diskussion verlief im Sande, und nähere Erkenntnisse über die örtliche Zwangsarbeitergeschichte waren immer noch nicht vorhanden. In allen übrigen Gemeinden des Amtes Bordesholm sah es nicht viel anders aus. Es gab niemanden vor Ort, der sich intensiv mit diesem Thema auseinander setzen wollte.

So ruhte die historische Aufarbeitung auch weiterhin – bis ein Bewohner der Finnenhaussiedlung in Bordesholm im Jahre 2014 die Initiative ergriff und öffentlich nachfragte, unter welchen Umständen die Finnenhaussiedlung im Zweiten Weltkrieg eigentlich gebaut worden sei und welche weiteren Erkenntnisse man über den Einsatz von Zwangsarbeitern im Bordesholmer Raum habe.

3. Es gibt lediglich auf der Internetseite von Wattenbek unter der Rubrik „Geschichte“ ein paar zusammenfassende Angaben über die Anzahl der „Zwangsarbeiter im Dorfkern Wattenbeks“ (www.wattenbek.de/geschichte/wattenbeker_geschichte_frame.htm)

4. Siehe dazu Uwe Fentsahn: „HDW hat doch gar keine Zwangsarbeiter gehabt“. Hinweise auf Zwangsarbeiterlager der Deutschen Werke Werft – außerhalb Kiels. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, hg. vom Arbeitskreis für die Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS), Heft 40 (2002), S. 42ff.

5. Kieler Nachrichten/Holsteiner Zeitung vom 23.12.1999.

Der stellvertretende Amtsvorsteher Ronald Büssow griff diese Anfrage auf und initiierte einen Arbeitskreis von Interessierten, die sich seitdem in unregelmäßigen Abständen getroffen haben, um Forschungsergebnisse auszutauschen und zu besprechen.

Der Arbeitskreis hat dabei eine vorbildliche Unterstützung durch das Amt Bordesholm und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfahren, indem immer wieder Ein-

blick in relevante Dokumente und Archivalien gewährt wurde.

Derzeit laufen die Vorbereitungen für eine Ausstellung zum Thema, die gegen Ende des Jahres 2016 im Bordesholmer Rathaus stattfinden soll. Die Ausstellung wird von einem umfangreichen Katalog begleitet, in dem alle wichtigen Forschungsergebnisse des Arbeitskreises zusammengefasst erscheinen sollen.

Uwe Fentsahm

Geschichtsabend in Sandesneben-Nusse

Forschungen zum Nationalsozialismus in der Region

Am 1. Juli 2015 lud die Ev.-luth. Kirchengemeinde Sandesneben im Kreis Herzogtum Lauenburg zu einem regionalen Geschichtsabend in ihr Altes Pastorat ein. Den äußeren Anlass boten die vielfältigen Darstellungen, die zum 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 in der Öffentlichkeit verbreitet wurden. Sie bewogen die Kirchengemeinde dazu, sich einmal konkret mit dem Nationalsozialismus in ihrer unmittelbaren Umgebung, im Amtsbezirk Sandesneben und den dazu gehörenden Dörfern, zu beschäftigen.

Zunächst beschrieb Christian Lopau – Archivar der Ämter Sandesneben-Nusse und Breitenfelde sowie der Städte Mölln und Ratzeburg –, in welcher Weise die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nach dem 8. Mai 1945 im Kreis

Herzogtum Lauenburg behandelt bzw. verschwiegen wurde. Einleitend zitierte er Eckard Opitz, der noch 2002 in einem einschlägigen Aufsatzband festgestellt hatte:

„Die Geschichte des Nationalsozialismus gehörte und gehört nicht zu den bevorzugten Themen der Regionalgeschichte in Schleswig-Holstein. Erst spät begannen die Bemühungen, sich intensiv mit den Ereignissen der Jahre von 1933 bis 1945 auseinanderzusetzen und dabei auch die Vorgeschichte mit einzubeziehen, die nördlich der Elbe relativ früh und intensiv eingesetzt hatte. Die mit dem Ende des Dritten Reiches verbundenen Nöte waren so gravierend, dass den Zeitgenossen wenig Zeit blieb, sofort mit der Vergangenheit abzurechnen. Später hatten sie vieles ver-



Foto: Sieghard Bußenius

Die Referenten des Abends, Astrid Bußenius und Christian Lopau

drängt und sahen manches in einem allzu ungetrübten Licht.“¹

Neben der wirtschaftlichen Not und dem ungetrübten Blick auf die Vorkriegszeit war es die personelle Kontinuität vieler Führungseliten, die eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft verhinderte. Erschwerend kam für die Forschung hinzu, dass wichtige Dokumente bei Kriegsende vernichtet wurden, später verloren gingen oder in den spärlich ausgestatteten Archiven nicht zugänglich waren. Dies änderte sich erst in den 1990er-Jahren mit der Verabschiedung des schleswig-holsteinischen Archivgesetzes und der Einstellung

hauptamtlicher Archivare im Landkreis.

Am Beispiel von Ortschroniken konnte Christian Lopau darlegen, wie die nationalsozialistische Ära bis weit in die 1980er Jahre hinein verschwiegen, verharmlost und sogar verklärt wurde. Wenn die Jahre zwischen 1933 und 1945 nicht vollständig übergangen wurden, dann betonten die Verfasser z.B.

- dass im Nationalsozialismus „keine Extreme sichtbar wurden und manches seiner Lehren doch dem Denken des niederdeutschen Menschen nicht fremd war“ (Lauenburg/Elbe 1985),
- dass die dreißiger Jahre „in man-

1. Eckardt Opitz (Hg.), Aufstieg, Herrschaft und Folgen des Nationalsozialismus im Herzogtum Lauenburg und in den Nachbarregionen. Bochum 2002, S. 9f.

cher Hinsicht einen positiven Wandel gebracht hatten – jeder hatte Arbeit und ein Auskommen“ (Hollenbek 1980)

– oder sie vermerkten einfach: „Hitlers Bewegung erfasste auch unser Dorf“ (Grinau 1988).

In diesem Kontext war eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nur schwer zu leisten. Christian Lopau konnte die Schwierigkeiten mit einem Vorgang konkret illustrieren: Am 6. Juli 1989 beschloss die Stadtvertretung von Mölln, am Rathaus eine Gedenktafel für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft anzu-bringen.

Der Beschluss führte zu einer langwierigen Diskussion in der Öffentlichkeit, da es noch keine fundierten Forschungen gab und keine konkreten Opfer benannt werden konnten. Deshalb veranstaltete die Stadt Mölln gemeinsam mit dem AKENS am 2. November 1989 eine Tagung, auf der es galt, die Aufgaben und Perspektiven einer NS-Forschung im Kreis Herzogtum Lauenburg zu erarbeiten. Verschiedene Historiker hielten dort Referate und beklagten, dass noch immer ein „Mantel des Schweigens“ über der Regionalgeschichte liegen würde. In der Lokalpresse führte die Tagung zu einer heftigen und polemischen Auseinandersetzung; der konservative Heimatbund und

Geschichtsverein warf den Veranstalter vor, nur dürftig und oberflächlich gearbeitet zu haben.²

Im Amtsbezirk Sandesneben erschien 2008 eine Dorfchronik, die von verklärenden Darstellungen der NS-Zeit durchdrungen war.³ Erich Stamer, der hochbetagte Autor, brachte seine Sympathie für die damalige Bewegung an vielen Stellen offen zum Ausdruck. So beschreibt er mit spürbarer Begeisterung, wie ab 1933 ein „junger, dem Zeitgeist sehr nahestehender Lehrer, Herr Hammermüller“ der Jugend eine prägende Zeit vermittelte und den Schülern mit sportlichen Leistungen eine brauchbare Grundlage für das spätere Leben beibrachte: „Mussten wir Jungen doch später in der Hitlerjugend und im Krieg mehr als einmal Hochleistungen unter Beweis stellen“.

Die Wahl von 1933 leitete nach Stammers Darstellung eine positive Wende im Dorf ein: „In unserem Herzogtum Lauenburg bekommt die NSDAP sogar 52,4 Prozent der Stimmen. Die Hoffnungen der Bewohner des ganzen Landes waren hochgesteckt. Denn übler als in den verflossenen Jahren nach 1918 konnte es doch nicht mehr werden. Die ersten Maßnahmen im Dorf zeichneten sich äußerlich dadurch ab, dass man alsbald mehr Uniformen sah.“

Rückblickend mochte sich der

2. Siehe ISHZ Nr. 19, Dezember 1990, S. 35-40 (Pressespiegel).

3. Erich Stamer, Geschichte und Geschichten aus Wentorf A.S. Wentorf A.S.: Eigenverlag 2008.

Autor nicht kritisch zum Nationalsozialismus äußern: „Eine tendenziöse Geschichtsbetrachtung, die nur aus vorgefassten Pauschalverurteilungen über die damals Lebenden besteht, wäre falsch und ungehörig.“⁴

Die Ausführungen von Erich Stamer und andere Publikationen veranlassten Astrid Bußenius, die NS-Herrschaft im Amtsbezirk Sandesneben zu erforschen. Sie untersuchte Aktenbestände auf Amts-, Kreis- und Landesebene, um herauszufinden, in welcher Weise sich die Maßnahmen des NS-Staates auf den Dörfern ausgewirkt hatten. Ihre Forschungsergebnisse konnte sie am 1. Juli 2015 zum ersten Mal einem größeren Publikum in der Öffentlichkeit präsentieren. Astrid Bußenius berichtete über

- die Wahlergebnisse von 1932 und 1933
- die Gleichschaltung von Bürgermeistern und Lehrern
- die Repressionen gegen Andersdenkende
- die Diskriminierung von Kranken und Behinderten.

Der Amtsbezirk Sandesneben umfasste 1933 die vier Dörfer Sandesneben, Wentorf, Schönberg und Franzdorf mit insgesamt 1509 Einwohnern. Im Dorf Sandesneben erhielt die NSDAP schon bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 nahezu 72 Prozent der Stimmen, während SPD und KPD zusammen

nur 15,5 Prozent erreichen konnten. Im Nachbardorf Schönberg erhielten diese Parteien immerhin 40,3 Prozent und waren gemeinsam fast so stark wie die NSDAP, die 45,9 Prozent erreichte. Die Zustimmung zur NSDAP war im Dorf Sandesneben also weitaus größer als im Durchschnitt des Kreises Herzogtum Lauenburg, der mit 48,9 Prozent für die NSDAP bereits als eine Hochburg der Bewegung galt.

Diese Tendenz wurde in den folgenden Monaten noch verstärkt. Bei der Reichstagswahl am 5.3.1933 erhielt die NSDAP in Sandesneben 76,6 Prozent und im Nachbardorf Schönberg 51 Prozent der Stimmen

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde im Kreis Herzogtum Lauenburg der Landrat ausgewechselt; im April 1933 erfolgte die Neuwahl aller Gemeindevorsteher (Bürgermeister). Sie mussten künftig ihre arische Abstammung nachweisen, wurden vom Landrat ernannt, und der Kreisleiter der NSDAP musste ihrer Einsetzung zustimmen.

Im Mai 1933 wurden die bisherigen Gemeindevorsteher in Sandesneben und Schönberg durch zwei Parteigenossen der NSDAP ersetzt. In Wentorf musste Lehrer Adolf Poltze seine Stelle aufgeben, „weil seine Einstellung zur nationalsozialistischen Revolution, die ihren Ausdruck in einigen unliebsamen Vorkommnissen fand, zu Zerwürf-

4. Ebenda, S. 93 und 98 sowie 221 und 224.

nissen mit der Gemeinde führte“.⁵ Er wurde durch den oben bereits erwähnten Lehrer Helmut Hammermüller ersetzt. Auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens wurden auf ihre politische Zuverlässigkeit hin überprüft. Am 20. Januar 1936 ordnete der Landrat z.B. die Überprüfung aller Sparclubs an, weil sich dort ehemalige Mitglieder des Stahlhelms organisiert hatten.

Parallel zu diesen Maßnahmen erfolgten die Repressalien gegen vermeintliche oder tatsächliche Gegner des Regimes. Am 10. April 1933 wurden neun „Führer und Funktionäre der KPD“ im Kreis inhaftiert, darunter befand sich auch der in Sandesneben geborene Arbeiter Emil H. (Name geändert). Polizeilich erfasst wurde weiterhin die gesamte Ortsgruppe der KPD im benachbarten Dorf Linau, zu der auch drei Einwohner von Wentorf gehörten.

Ein anderer Landbewohner, Emil S. aus Schönberg (Name geändert), hatte in der Gaststätte und beim Friseur mehrmals die neuen Machthaber kritisiert; außerdem hatte er bei der Reichstagswahl 1936 eine ungültige Stimme abgegeben. Daraufhin wurde er vom Schleswig-Holsteinischen Sondergericht in Altona wegen „Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz zu drei Monaten Gefängnis und wegen gro-

ben Unfugs zu sechs Wochen Haft“ verurteilt.

Eine besondere Aufregung verursachte das Wahlverhalten einiger Einwohner in Franzdorf, die bei der Volksabstimmung am 19. August 1934 gegen Adolf Hitler als Reichspräsident stimmten. Das kleine Dorf hatte 1933 nur 93 Einwohner, da fiel eine Anzahl von Nein-Stimmen den Parteigenossen der NSDAP unangenehm auf. Der zuständige Ortsgruppenleiter beschuldigte daraufhin den jüdischen Kornhändler Ludwig Lehmann aus Ahrensburg, bei seinen Geschäftsreisen die Bauern aufgehetzt zu haben. Auf sein Ersuchen wandte sich der lauenburgische Landrat an seinen Kollegen in Stormarn, der wiederum polizeiliche Nachforschungen über Ludwig Lehmann in Ahrensburg durchführen ließ.⁶

Zum Schluss wandte sich Astrid Bußenius der Diskriminierung von Kranken und Behinderten im Kreis Herzogtum Lauenburg zu. Nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 und dem „Ehegesundheitsgesetz“ von 1935 erfolgte bei einem großen Teil der Bevölkerung eine Erfassung intimster Daten, die vom Kreisgesundheitsamt mit verschiedenen Fragebögen erhoben wurden. Eine Gesundheitsprüfung wurde nicht erst bei dem Verdacht auf eine

5. Handschriftliche Schulchronik 1933–1935 der Gemeinde Wentorf a. S., S. 1. Amtsarchiv Sandesneben-Nusse.

6. Ludwig und Harry Lehmann flohen 1939 nach Südamerika; ihr Bruder Magnus Lehmann wurde am 4. Dezember 1941 nach Minsk deportiert und dort ermordet.

erbliche Belastung, sondern z.B. schon bei der Beantragung von Ehestandsdarlehen und anderen Beihilfen angeordnet. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sah die Zwangssterilisation von Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen, Erbkrankheiten und schwerem Alkoholismus vor.

Am 20. November 1933 wandte sich der Landrat deshalb an alle Magistrate und Gemeindevorsteher mit der Anweisung, ihm Kranke und Behinderte zu melden. Die Antworten aller Städte und Gemeinden werden noch heute im Kreisarchiv aufbewahrt; auch aus den Dörfern Sandesneben und Schönberg liegen Meldungen vor.

An vier Beispielen konnte Astrid Bußenius anschaulich darlegen, wie die erwähnten Gesetze auf den Dörfern angewandt wurden. In einem Fall wurde die beantragte Ehestandsbeihilfe wegen „mangelnder Intelligenz“ abgelehnt, in zwei Fällen wurde eine Sterilisation wegen „angeborenem Schwachsinn“ angeordnet, und in einem weiteren Fall wurde die Eheauglichkeit „aus sozialhygienischer Hinsicht“ angezweifelt.

Die überlieferten Akten verdeutlichen den ideologischen Hintergrund der behördlichen

Entscheidungen: So genügte ein unerreichter Volksschulabschluss für die Diagnose „angeborener Schwachsinn“ und die damit drohende Zwangssterilisation. Die geschilderten Schicksale führten zu einer spürbaren Beklemmung im Publikum, da sich hier die brutale Härte des nationalsozialistischen Systems gegenüber hilfsbedürftigen Menschen konkret offenbarte.

Zum Schluss ihres Vortrages betonte Astrid Bußenius: „Die geschilderten Vorgehensweisen der Nazis waren keine Ausnahme, sondern gehörten zur systematischen Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie.“

Die Referate von Christian Lopau und Astrid Bußenius wurden vom Publikum mit großer Aufmerksamkeit und Betroffenheit verfolgt. Etwa 50 Personen waren an diesem Sommerabend der Einladung der Kirchengemeinde Sandesneben in das Alte Pastorat gefolgt. Viele Nachfragen, Anmerkungen und Ergänzungen zeigten, dass der regionale Geschichtsabend ein besonderes Interesse geweckt hatte. Auch nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung standen kleine Gruppen noch lange zusammen, um über den Nationalsozialismus in ihrer Region zu diskutieren.

Siegward Bußenius

Selfie mit Gestapomann, oder: Einen Hitler brauchen wir nie wieder!

„Niebüll im Nationalsozialismus“ – ein Ausstellungsprojekt

Die Ausstellung *Niebüll im Nationalsozialismus* (Richard-Haizmann-Museum für Moderne Kunst, 15.3. bis 3.5.2015) ist nach Ansicht der beiden Hauptprotagonisten des Niebüller Geschichtsvereins, Beate und Wolfgang Jandt, als Erfolg zu werten. „Über 3000 Besucher waren da“, berichtet das Ehepaar, das selbst regelmäßig vor Ort war, um auf Fragen einzugehen. Der Austausch mit den Besuchern gilt ihnen als ein wesentliches Moment. Die Motivation der interessierten Gäste sei dabei unterschiedlich; meist zeit-historisches Interesse oder aber persönliche Neugier.

„Wir erlebten es, dass Familienmitglieder froh waren, dass keine Namen erwähnt worden sind“, so Beate Jandt. Sie sieht sich damit bestätigt, nicht anklagen zu wollen, sondern nur per Fotos zu dokumentieren, wie es zu Zeiten der NS-Diktatur damals in Niebüll zugeht. Gleichwohl habe sie sich daran gehalten, Namen der Funktionsträger zu nennen, auch wenn dies den Angehörigen missfällt.

„Hättet ihr nicht noch eine Generation warten können?“, hieß es. „Doch dann wäre es zu spät gewesen,“ sagt Beate Jandt, die das Projekt seit über zehn Jahren verfolgt. „Wir wollten es jetzt machen,

es wäre sonst aufgrund des Lebensalters der Zeitzeugen zu spät gewesen.“

Die starke Resonanz belege den Erfolg. Viele hätten sich seit Jahrzehnten gefragt, wie es seinerzeit in Niebüll ausgesehen habe. „Jahrelang wurde verharmlost oder verdrängt. Man sagte, in Niebüll sei nichts los gewesen“, so Wolfgang Jandt. Anhand der Fotos könne man nun erkennen, dass in Niebüll „durchaus etwas losgewesen ist“. Bewusst habe man sich jedoch einer Kommentierung bzw. Bewertung enthalten. „Wir wollten im Bild zeigen, wie es damals war“. Unter den Fotos stehen zum Teil erweiterte Zeitungsnotizen aus der damaligen Zeit. Die Kritik, es fehle an der notwendigen historischen Einführung bzw. Einordnung, schlägt sich in Notizen im Gästebuch nieder. „Was waren die Ursachen und Hintergründe“, „Was wurde aus den Tätern?“, „Gab es Widerstand?“, „Wer wurde zum Opfer?“, schrieb eine Familie.

„Wir sehen die Ausstellung als Teil des Gesamtprojekts“, entgegnet Beate Jandt und verweist auf das Buch *Niebüll in der Zeit des Nationalsozialismus* von Wolfgang Raloff.¹ Er hat drei Jahre lang die regionalen Zeitungen von 1933 bis 1945

1. Wolfgang Raloff, *Niebüll in der Zeit des Nationalsozialismus*. Niebüll: Verein für Niebüllers Geschichte 2015.

recherchiert und darüber ein Buch publiziert, das gerade erschienen ist. Hier erfährt der Leser detailliert anhand ausgewerteter Zeitungen die Schilderung der Ereignisse aus Sicht der gleichgeschalteten Regionalpresse, mithin die offizielle Propaganda. Auf den 480 Seiten sind Leid und Schicksale dokumentiert, werden über 1000 Namen genannt. Die Chronologie der Ereignisse und geschichtliche Einordnung vor der „Machtergreifung“ findet ebenfalls Berücksichtigung:

1930 entstand die Niebüllener NSDAP-Ortsgruppe mit 50 Mitgliedern, an der Spitze Lehrer und Ärzte. Damit änderte sich das Bild Niebülls grundlegend. Es gab zahlreiche Aufmärsche, Versammlungen und Abendfeiern. Themen waren dort die Kriegsschuldfrage, die Bedrohung durch den Kommunismus. Die Braunhemden wurden attraktiv, man(n) wollte dabei sein. Bereits Ende 1931 gab es über 100 SA-Männer, fast alle Berufe vom Handwerker bis zum Buchhändler waren vertreten; sie versammelten sich zum Gruppenbild auf dem Schulhof der Friedrich-Paulsen-Schule (FPS).

Die Stimmung wandte sich nun auch gegen Andersdenkende. Ein Schulleiter der FPS wurde per gezielter Meinungsmache vertrieben, Denunziationen nahmen zu. Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, zog

ein Fackelzug durch Hauptstraße und Westersteig zur Gaststätte Braune Burg. „Ab dann begann die Gleichschaltung“, so Raloff, selbst ehemaliger Schulleiter des Gymnasiums. Es betraf alle Vereine und Verbände, auch die Kirche. Die Rituale des Jahres mit Führers Geburtstag, Sonnenwende und Erntedankfest sorgten für eine scheinbare Normalität, die durch Presseberichte entsprechend vorgegaukelt wurde. Doch bald waren Verdächtigungen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen an der Regel.

Die Lokalzeitung berichtet in völliger Ergebenheit von Parteiversammlungen und Erfolgen des Regimes, selbst die kleinsten Chargen der Partei käuen wieder, was von Berlin aus vorgegeben wird. Von der ersten Kriegsweihnacht bis zu heroischen Schlachten, verbreiteten Durchhalteparolen und der üblichen Hetze – aus den Todesanzeigen Niebüllener Familien, deren Anzahl sich im Verlauf des Krieges ständig steigern sollte, wurde der Niedergang des „Dritten Reiches“ aber auch für den damaligen Leser deutlich erkennbar.

Zum Projekt gehört aber auch das Buch *Lebensbilder* (Zeitzeugen berichten), zusammengestellt von Beate und Wolfgang Jandt.² Zeitzeugen berichten über Selbsterlebtes, schildern ihr Schicksal und geben persönliche Eindrücke wieder. Das Buch ist allen gewidmet, die im

2. Beate und Wolfgang Jandt (Hgg.), *Lebensbilder aus der Zeit des Nationalsozialismus*. Niebüll: Verein für Niebüllener Geschichte 2015. 77 S.

Krieg gelitten und Schaden an Leib und Seele genommen haben, steht zu Beginn des Werkes.

Gelitten und Schaden genommen hatten viele schon vorher, seit Beginn der NS-Diktatur 1933. So wie der im Buch erwähnte jüdische Mitbürger aus dem Katasteramt, der eines Tages nicht mehr zum Dienst kam. Oder Sattler Markau, der denunziert und abgeholt wurde. Oder der junge Paul Andresen, der vor den Gestapo-Schergen auf dem Dachboden versteckt wurde. Die psychischen Folgeschäden von Diktatur und Krieg reichen bis in die heutige Zeit.

Der schmale Band ist eine bemerkenswerte Sammlung von Dokumenten. Wilhelm Kuhs, ein unbeirrbarer Niebüller Bürgermeister mit Zivilcourage (1926–1938 und 1946–1948), erfährt eine späte Würdigung. Dramatisch sind die Umstände, die das Überleben eines jungen Niebüllers mit Behinderung sichern. Aufschlussreich die Erinnerungen von Annelie Hartz, erschütternd ihre Berichte über das Sterben der Kinder im Kreiskrankenhaus.

Guido Tödt gibt Einblicke in die Judenverfolgung, Uwe Sönnichsen berichtet freimütig über den Aufstieg und Fall eines Hitlerjungen. Er fotografierte schon als Junge die Aufmärsche in seiner Heimatstadt, glaubte bis zuletzt an den Endsieg. Schockierend liest sich der Bericht über das Lager Broweg und den Tod eines Häftlings. Maria Schrö-

der schildert ausführlich, wie sie der Bund Deutscher Mädel verlockte, dort mitzumachen; sie dokumentiert, was sie dort erlebte.

Die Flucht in den Westen von Eva Jandt ist an Dramatik und Tragik kaum zu überbieten. Die Befragung des Anton Christiansen durch die Enkeltochter und Erna Prenzels Erinnerungen einer damals Dreizehnjährigen runden das Buch ab.

Hier finden sich die markigen Poesiesprüche, die auch den Besuchern der Ausstellung präsentiert werden. „Das berührt viele Interessierte besonders!“

Wolfgang Jandt hat es sich zur Aufgabe gemacht, Schulklassen durch die Ausstellung zu führen. Als Geschichtslehrer hat er Fragebögen vorbereitet, überzeugen würden jedoch vor allem die Fotos. „Die Jugendlichen erkennen anhand der Bilder, dass es in der Diktatur keine Freiheit gab, damals die Kinder ab dem zehnten Lebensjahr in das NS-System gezwängt wurden.“ Schüler und Auszubildende sind beeindruckt von den Aufmärschen, den Uniformen und den Barackenlagern vor Ort. Ein Selfie mit dem ausgestellten Gestapo-Mann im Ledermantel gehört für die Lehrlinge zur Vergangenheitsbewältigung: „Einen Hitler brauchen wir nie wieder!“

Das Ziel, geschichtliches Interesse für das finsterste Kapitel deutscher Geschichte zu wecken, scheint geglückt. „Besucher kommen von überall her, reisen extra an“, berichtet das engagierte Ehe-

paar Jandt. So auch Rolf Boje, Sohn des Ritterkreuzträgers Johannes Boje, der 1944 Niebüll besuchte. Der 1934 geborene Ostpreuße hat seinen Vater nur auf Heimatbesuchen von der Front erlebt; er hat ein kleines historisches Erinnerungsbändchen vom Niebüll-Besuch dabei. Johannes Boje wurde am 23. Juni 1901 in Niebüll geboren, trat in die Reichswehr ein und kam über die Hamburger Landespolizei in die Wehrmacht. Sein Besuch in Niebüll wurde propagandistisch ausgeschlachtet. „Zwei Monate später ist mein Vater gefallen“, so Rolf Boje, der darüber sinniert, was den Vater angetrieben hat. „Nazi war er nicht, wollte er das Vaterland vor den ‚russischen Barbaren‘ retten?“ Fragen über Fragen, die nicht mehr beantwortet werden.

„Wie konnte es geschehen?“ Diese Kernfrage bewegt alle Besucher der Ausstellung, die Anfang Mai 2015 endete. Am letzten Tag – zur Finissage – stellte Albert Panten unter dem Titel „Dem Ende entgegen“ das Buch *Dr. Charlotte Heidrich. Niebüll in Krieg und Frieden. Briefe an ihren Mann 1945* vor.³ Es handelt sich bei dem bewegenden Buch um die minutiös geschilderten Vorgänge in Niebüll vor dem Hintergrund des Untergangs des „Dritten Reichs“. In ihren Feldpostbriefen schreibt Dr. Charlotte Heidrich quasi druckreif, was in ihrem persönlichen Umfeld geschieht, ein

Zeitdokument von unschätzbarem Wert. Denn es ist so, wie die Autorin anmerkt. „Ich glaube aber, dass dieses die einzigen fast täglichen Aufzeichnungen sind, welche über die Zeit des Zusammenbruchs in Niebüll bestehen ...“ „Das Elend der Zeit ist himmelschreiend. Jeder, den man anspricht, steckt so in furchtbarem Leid, dass man am besten in seinen vier Wänden bleibt.“ (12. April). Inzwischen kommen die Flüchtlinge, Niebüll ist überfüllt. Der Strom wird abgestellt, es gibt kein Brennmaterial mehr. „Die Stimmung unter den Flüchtlingen wird immer schlechter, da Nahrungsmittel fehlen.“ (17. April). „Wir haben nun immerzu Alarm, nachts und oftmals am Tage ... Am anderen Morgen war eine Bombe zwischen Krankenhaus und Bahnhof niedergegangen.“ (22. April).

Die Stimmung ist zum Platzen. Auf dem Lande haben sich zahlreiche hohe Offiziere und Parteiführer versteckt bzw. einquartiert. Ganz Niebüll gleicht einem Heerlager. „Es wimmelt von Generalen, Generalstäblern, mit und ohne Damen ... Sie sehen alle nicht so aus, als wollten sie sich wegen Hitlers Schande erschießen ...“ (4. Mai). Dann ist der Krieg plötzlich zu Ende. 9. Mai 1945: „Der erste Tag, an dem Frieden ist. Das Wort ist noch ganz unfassbar.“ Dr. Charlotte Heidrich berichtet weiterhin eindrucksvoll, anschaulich und detail-

3. Albert Panten (Hg.), Dr. Charlotte Heidrich. Niebüll in Krieg und Frieden. Briefe an ihren Mann 1945. Niebüll: Verein für Niebüllers Geschichte 2015.

liert, wie die Umbruchzeit bis zum 2. Juli verläuft. Ein bemerkenswertes Buch.

„Mit der Ausstellung wurde eine Lücke geschlossen, die mich sehr lange gestört hat, deren Bear-

beitung aber 1998 aufgrund der Widerstände noch nicht möglich war“, so Beate Jandt abschließend. Das sehen vielleicht auch diejenigen, die sich bislang dagegen gewehrt haben. *Arndt Prenzel*

Heberles Notizen

Eine Wiederentdeckung von wahlstatistischen Quellen

Als Rudolf Heberle 1934 seine Studie *Landbevölkerung und Nationalsozialismus* abschloss, konnte er diese in Deutschland nicht mehr veröffentlichen: „Nur der ‚Volks-spiegel‘, eine wenig beachtete volkskundlich-soziographisch gerichtete Zeitschrift, die Max Rumpf herausgab, wagte es, eine kurze Zusammenfassung meiner Ergebnisse zu bringen“, so Heberle in seinem Vorwort 1963. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erschien in den USA eine stark gekürzte Version der Arbeit und fast 20 Jahre später dann bei DVA die gesamte Studie auf Deutsch.¹ Sie ist bis heute die einzige Monografie, die sich detailliert mit den Wahlen der Weimarer Republik im Wahlkreis Schleswig-Holstein befasst, und wird zu recht immer wieder als Standardwerk zitiert, rezipiert und kritisch auf ihre Ergebnisse hin hinterfragt.

Aufgrund meiner eigenen Forschungen zu den Wahlen und Wahlkämpfen stellte sich mir bisher aber eine zentrale Frage: Auf welche sta-

tistischen Überlieferungen konnte Rudolf Heberle für seine Studie tatsächlich zurückgreifen, und wo sind diese Datensätze geblieben?

Hintergrund der beiden Fragen ist, dass die Überlieferung bestimmter Daten in Schleswig-Holstein lückenhaft ausfällt. Zum einen ist vielfach die Anzahl der Wahlberechtigten in den Wahllokalen nicht mehr zu erschließen, was zu Problemen in der Analyse aufgrund der sehr unterschiedlichen Wahlbeteiligung führt; zum anderen sind die Wahlen zur Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung (1919) sowie alle Wahlen im Jahr 1932 nur auf der Ebene der Kreisgebiete zentral überliefert worden. Für die statistische Wahlforschung aber gilt: je kleiner die Gebietseinheit, desto besser die Analysemöglichkeiten und potentiell geringer die Fehlschlüsse.

Dementsprechend wichtig wäre es, die von Heberle genutzten Datensätze zu erschließen, da hier Informationen enthalten sind, die

1. Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*. Stuttgart 1963. Das Zitat ebd., S. 7.



Foto: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Rudolf Heberle (1896–1991)

wir heute nicht mehr oder nur mit erheblichem Aufwand erfassen können. Heberle selbst hat in der deutschen Ausgabe seiner Studie nicht klar beantwortet, welche Daten er nutzen konnte. Zwar wird in einer Fußnote auf die Standardveröffentlichungen des Statistischen Reichsamts verwiesen², und

an einer Stelle erläutert er etwas detaillierter, welche Kreisgebiete er auch auf Gemeindeebene auswerten konnte,³ doch kann er manche Analysen für Januar 1919 und Juli 1932 nicht mit Hilfe dieser Daten durchgeführt haben, da hier jeweils Ergebnisse auf Ebene der Gemeinden ab 2.000 Einwohner/innen in der reichsweiten Statistik fehlen. So sind gerade die Aussagen zum Vergleich des Wahlverhaltens in den Stadt- und Landgebieten von 1919 und 1932 nicht ohne weitere unveröffentlichte Statistiken erklärbar.⁴

Es ist naheliegend, dass Heberle diese beiden Wahlereignisse meinte, als er nebenbei erwähnte, dass er unveröffentlichtes Material vom Statistischen Reichsamt erhalten und ausgewertet habe.⁵ Und gerade dieses ist aufgrund der Überlieferungslücken für die Wahlforschung von Interesse, und so ging ich dazu im Laufe meiner eigenen Forschungen erfolglos verschiedenen Spuren dieser verschollenen Unterlagen nach: dem kleinen Nachlass von Heberle, den Rainer Waßmer, Verfasser einer Biografie über Rudolf Heberle,⁶ der schleswig-holsteinischen Landesbibliothek in Kiel zur

2. Heberle, S. 30, Fußnote 1.

3. Heberle, S. 55, Fußnote 2 sowie S. 56, Fußnote 1.

4. Heberle, Tab. 8, S. 38. – Für 1919 und 1932 wurde lediglich auf Ebene der kaiserzeitlichen Abstimmungsgebiete (1919) und für die Kreisgebiete (1932) das Ergebnis in der Reichsstatistik abgedruckt. Für die späteren Kreise können für Schleswig-Holstein die Daten dagegen für 1919 nur in den Akten des LAS erschlossen werden. Details auf Ebene der Städte und der Landgemeinden sind dagegen nicht überliefert und müssen heute einzeln aus Archivquellen und den Zeitungen erschlossen werden.

5. Heberle, Vorwort, S. 9.

6. Rainer Waßmer, Rudolf Heberle. Soziologie in Deutschland zwischen den Weltkriegen. Hamburg 1995.

Verfügung gestellt hatte.⁷ Danach eine Recherche über die Bestände des Archivs des Verlags (DVA, Stuttgart), anschließend dasselbe im Literaturarchiv, wohin das DVA-Verlagsarchivs abgegeben worden war.⁸

Im Internetzeitalter konnte auch Heberles umfangreichster Nachlassteil in seiner Wirkungsstätte in den USA nach Schlagwörtern durchgesehen werden,⁹ und schließlich fand sich beim Institut für Zeitgeschichte in München der entscheidende Hinweis. Heberle hatte sein Manuskript für die Veröffentlichung im IfZ bearbeitet, und seine Unterlagen waren schlichtweg dort vor Ort archiviert worden.¹⁰ Die Frage lautete nur noch, welches Material war hier noch zu finden?

Um es vorweg zu nehmen: Die statistische Überlieferung für 1919 und 1932 (Juli) ist weiterhin ein Forschungsdesiderat, da auch im IfZ diese Unterlagen nicht überliefert worden sind. Nur in seinen handschriftlichen Analysen und Tabellen findet sich noch der eine oder andere Quellensprengel, der aufzeigt, dass Heberle hier Daten

genutzt haben muss.¹¹ Ob sich also die beiden Statistiken für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur Reichstagswahl im Juli 1932 noch irgendwo auffinden lassen, ist weiterhin fraglich. Doch fanden sich im Manuskript Heberles die Statistiken zu den Reichstagswahlen vom Februar 1921, Mai 1924, Dezember 1924, 1928 sowie 1930, und zwar auf Ebene aller Gemeinden für die Landkreise Norder- und Süderdithmarschen, Flensburg, Schleswig, Plön und Oldenburg i.H.

Da fast überall auch die Daten zu den Wahlberechtigten, ungültigen und gültigen Stimmen in den Unterlagen erfasst sind, ist dieser Quellenfund für die statistische Wahlforschung Schleswig-Holstein nicht hoch genug einzuschätzen. Für Norder- und Süderdithmarschen ist es deshalb zum Beispiel möglich geworden, Wählerwanderungen auf Ebene der Dörfer zu berechnen und gerade für die bisher nur schwer erfassbaren Ereignisse von 1928 bis 1930 den Aufstieg der NSDAP im Detail nachvollziehen zu können.¹²

7. Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel, CB 103 (01-13), Nachlass Rudolf Heberle.

8. Schriftliche Antwort der Deutschen Verlags-Anstalt (DVA) vom 10.10.2011 über die Abgabe des Fimenarchivs an das Deutsche Literaturarchiv in Marbach. Schriftliche Antwort des DLA Marbach vom 26.10.2011.

9. Rudolf Heberle Papers, Mss. 1921, 2254, 2345, Louisiana and Lower Mississippi Valley Collections, LSU Libraries, Baton Rouge, La.

10. Institut für Zeitgeschichte, München. MS 138 (Bd. 1–3). – Außerdem auch Zeugenschrifttum (ZS/A27 Band 1): www.ifz-muenchen.de/archiv/zsa/ZS_A_0027.pdf (Zugriff 21.12.2015).

11. IfZ München, MS 138, Bd. 2.

12. Vgl. dazu Uwe Carstens, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Dithmarschen 1925-1933. Staatsexamensarbeit Kiel 1983. – Frank Omland (Red.), „Man hatte ihr Vordringen erwartet...“ Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen. ISHZ-Beiheft 4, Kiel 2013.

Für die beiden Landkreise Plön und Oldenburg i.H. können nun auch für die zahlreichen Gutsbezirke Berechnungen vorgenommen werden, die es ermöglichen, das dortige Wahlverhalten der Landbevölkerung quantitativ und qualitativ auf einer breiteren statistischen Basis zu erforschen.

Und auch für die Region Schleswig-Flensburg dürfte der Fund aus München ebenfalls einen Gewinn darstellen, insbesondere weil hier schon wichtige Daten zu den Reichstagswahlen analysiert und anhand der neuen Daten verifiziert werden können. Die Landschaft derjenigen Kreisgebiete, die wahlstatistisch noch nicht bearbeitet worden sind, könnte sich somit noch weiter verkleinern.¹³ Durch

den Quellenfund im Institut für Zeitgeschichte, deren sehr zugewandte Archivare, namentlich der Leiter Herr Dr. Klaus Lankheit und sein Kollege Christian Simon an dieser Stelle noch einmal extra erwähnt werden sollen, dürfte es zukünftig möglich sein, die Ergebnisse von Rudolf Heberle mit Hilfe moderner Methoden zu überprüfen, zu reflektieren und zu verifizieren.

Ein langfristiges Ziel der historischen Wahlforschung für die Provinz Schleswig-Holstein, die Erstellung eines weitgehend kompletten Datensatz aller knapp 2.200 Wahllokale für den Zeitraum von 1919 bis 1933 mit seinen über 30 Wahlereignissen, ist damit wieder einen Schritt voran gekommen.

Frank Omland

Dreihundertzehn Namen

Ihre Präsentation in der Gedenkstätte Gudendorf

Am 17. Oktober 2015 wurden in der Gedenkstätte Gudendorf 310 Namen von sowjetischen Kriegsgefangenen, aufgeschrieben auf russisch und in deutscher Umschrift auf elf Tafeln aus Corten-Stahl, in einer Präsentation der Öffentlichkeit vorgestellt.

Etwa 70 Leute waren gekommen, unter ihnen Gudendorfer Bürgerinnen und Bürger und die Mit-

glieder der „Initiative Blumen für Gudendorf“. Wortbeiträge hatten mitgebracht der Gudendorfer Bürgermeister und Mitglied der Initiative Werner Höfs, der stellvertretende Dithmarscher Kreispräsident Norbert Zimmermann, die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein Anke Spoorendonk, der Konsul des Russischen Generalkonsulats Ham-

13. Die ehemaligen Landkreise Eckernförde, Rendsburg, Segeberg, Stormarn und eventuell der oldenburgische Landesteil Lübeck stellen noch die wahlstatistischen Desiderate in Schleswig-Holstein dar. Alle anderen Gebiete sind durch die Forschung mehr oder weniger gut erfasst worden, wobei die veröffentlichten Wahanalysen eine sehr unterschiedliche Qualität aufweisen.



Georg Gerchen informiert über die Gedenkstätte und die Namenstafeln

burg Andrey Rumyantsev, der Inhaber des Lehrstuhls für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der CAU Kiel und Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, Professor Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Georg Gerchen von der Initiative und der Kieler Landschaftsarchitekt Holger Muhs. Ein Grußwort von Uta Körby, der Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein, verlas Gundula Orth, Mitglied der Initiative.

Unter den vielen Gästen waren auch der Gründer der Brunswiker Stiftung Ernst Georg Jarchow aus Kiel, der Barlter Bürgermeister Jark Nedderhof und Christian Pögel, Amtsvorsteher des Amtes Mittel-

dithmarschen. Zwischen den einzelnen Beiträgen spielte Dirk Wilke auf seiner Gitarre und sang Lieder gegen Krieg und Gewalt: von Hannes Wader „Es ist an der Zeit“ und „Traum vom Frieden“, das Lied der Edelweißpiraten und die Hymne der Kriegsdienstverweigerer „Le Deserteur“. Benno Stahn, Mitglied der Initiative, führte durch die Präsentation.

Auf die Entstehungsgeschichte der Namenstafeln und ihre Einbindung in die Gedenkstätte wiesen u.a. hin Benno Stahn und Georg Gerchen, sowie Architekt Holger Muhs: Die Initiative hat seit Jahren in ihrer Arbeit den Hauptschwerpunkt auf die Erforschung der Namen der sowjetischen Kriegsgefangenen gelegt, die vom Beginn

Полищук	Александр	Михаил	18.02.22	19.04.42	Pokrowskij	Anatolij
Полуяненко	Павел	Иван	03.03.21	03.03.42	Polujanenkow	Pawel
Попов	Платон	Фёдор	18.11.00	26.07.44	Popow	Platon
Поздеев	Николай	Иван	28.12.11	01.12.41	Posdejew	Nikolaj
Поталов	Александр	Василий	20.07.00	20.01.45	Potapow	Alexandr
Прилежаев	Иван	Александр	01.01.20	01.12.41	Prileshajew	Iwan
Пухов	Александр	Михаил	01.01.19	31.10.41	Puchow	Alexandr
Пуговкин	Иван	Даниил	27.12.12	24.12.41	Pugowkin	Iwan
Пулянин	Виктор	Семён	30.09.19	01.12.41	Puljanin	Wiktor
Разуваев	Иван	Егор	01.01.08	03.12.41	Rasuwejew	Iwan
Резанов	Никита	Давид	17.06.21	01.02.42	Resanow	Nikita
Резанский	Георгий	Андрей	26.09.05	01.02.42	Resanskij	Georgij
Рябушкин	Николай	Михаил	22.05.10	20.11.41	Rjabuschkin	Nikolaj
Руднев	Иван	Андрей	18.05.20	27.10.41	Rudnew	Iwan
Румянцев	Алексей	Александр	09.11.21	17.02.42	Rumjanzew	Alexej
Рыжов	Михаил	Иван	25.01.21	08.12.41	Ryshow	Michail
Захаров	Александр	Николай	01.01.05	29.11.41	Sacharow	Alexandr
Задорнов	Виктор	Василий	02.11.13	29.11.41	Sadornow	Wiktor
Сафронов	Яков	Филипп	22.04.11	20.11.41	Safronow	Jakow
Самуйлов	Иван	Василий	29.08.08	04.12.41	Samuilow	Iwan
Сараев	Григорий	Пётр	14.11.01	15.12.41	Sarajew	Grigorij
Завалишин	Василий	Капитон	03.02.00	10.12.41	Sawalischin	Wassilij

Foto: Dietrich Stein

310 Namen, 310 Geburts- und Sterbedaten, 310 ermordete Menschen

des Krieges gegen die UdSSR bis 1945 ums Leben gekommen sind und auf dem Gelände der Gedenkstätte bzw. in der Umgebung ruhen. Mit den Namen sollen den Toten ihre Identität und ihre Menschenwürde zurückgegeben werden, die ihnen von der NS-Diktatur genommen worden waren. Durch Kontakte zur Russischen Botschaft in Berlin und die gute Zusammenarbeit mit der Sächsischen Gedenkstättenstiftung/Dokumentationsstelle

Dresden, wo die erhaltenen Listen über die sowjetischen Kriegsgefangenen – aus dem Archiv in Podolsk bei Moskau – ausgewertet worden sind und ausgewertet werden, durch Nachforschungen vor Ort und in schleswig-holsteinischen Archiven konnten 310 Namen ausfindig gemacht werden. Außer ihnen konnten weitere hier ruhende sowjetische Kriegsgefangene festgestellt werden, deren Namen noch nicht gefunden wurden. „Bekannte

Unbekannte“ hat Georg Gerchen sie genannt. Wie viele es insgesamt sind, die hier verscharrt wurden, lässt sich weiterhin nicht feststellen oder auch nur annähernd schätzen. Anke Spoorendonk wies darauf hin, dass die Gedenkstätte Gudendorf der einzige Ort dieser Art ist, der auf Anregung des Landes Schleswig-Holstein entstand; er gehört zu unserem kollektiven Gedächtnis.

Die 310 Namen in russischer Schrift und deutscher Umschrift werden auf elf Tafeln auf einem langen Band aus Corten-Stahl präsentiert, das von dem zentralen Platz der Gedenkstätte ausgehend den Weg derer, die hierher kommen, begleitet. Dadurch wird die Anlage von 1960 in ihrer besonderen künstlerischen und atmosphärischen Wirkung bewahrt. Die Namen nehmen von ihr aus ihren Weg hin in die Lebenswelt. Die freien Stellen auf dem Stahlband weisen auf die Kriegsgefangenen hin, die noch nicht ihren Namen zurückerhalten haben. Das Band beschließen zwei Tafeln mit Informationen über das Lager und die Gedenkstätte Gudendorf in deutscher und russischer Sprache.

Möglich wurde diese Präsentation der Namen durch die finanzielle Unterstützung vor allem der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, der Brunswiker Stiftung und des Vereins für Dithmarscher Landeskunde.

In den Wortbeiträgen wurde immer wieder das ehrenamtliche

Engagement hervorgehoben. Ohne Menschen, die sich beständig engagieren – wie die „Initiative Blumen für Gudendorf“ seit über 30 Jahren – hätten die Gedenkstätten unseres Landes keine Zukunft. Wie andere auch hob Anke Spoorendonk als besonders bemerkenswert hervor und dankte dafür, dass die Gemeinde Gudendorf, dass Gudendorfer Bürgerinnen und Bürger sich für die Gedenkstätte einsetzen und so dem furchtbaren Geschehen der Vergangenheit begegnen im Zeichen der Aufarbeitung und des Eintretens für Frieden und Toleranz in Gegenwart und Zukunft.

Andreey Rummyantsev, der alle Anwesenden als „Freunde“ begrüßte, erinnerte – wie auch andere in ihren Beiträgen – an das furchtbare Wirken der NS-Diktatur, an die grausamen Folgen des Krieges und der rassistischen NS-Politik, die so vielen Menschen – gerade auch in der Sowjetunion – das Leben kostete. Das Gedenken für die Toten hier sei auch ein Aufruf zu Frieden und Völkerverständigung, Mahnung gegen Krieg und Faschismus. Das hier sei ein Ort, an dem wir gemeinsam trauern und uns erinnern können, der uns dazu führt, an das friedliche Miteinander der verschiedenen Völker zu glauben. Auf dem unausgesprochenen Hintergrund der Situation in der Ukraine sagte der Konsul, dass es gerade jetzt wichtig sei, dass wir die Verbindung, die wir haben, pflegen und weiter entwickeln und nicht aufs Spiel setzen.

Neben dem Rückblick auf die Jahre 1941 bis 1945 – vom Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion bis zur Befreiung von der NS-Diktatur und zum Ende des Krieges – war in den Wortbeiträgen auch immer wieder die Gegenwart Thema, die jetzigen Kriege, die Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung und Elend sind. Es ist gerade auch ein Anliegen der Initiative, Geschichte und Gegenwart im Gedenken an die Opfer von damals zu verbinden, gegen Krieg und zum Frieden, aber auch zur Versöhnung über den Gräbern aufzurufen.

Gerhard Fouquet wies darauf hin, dass die Zeit der emotionalen Nähe an die Gräueltaten der NS-Zeit mehr und mehr schwinde, dass die zwölf NS-Jahre der Geschichte gehören. Es brauche andere Instrumentarien als das rein emotionale Gedenken, es brauche die rationale Aneignung. Deshalb sei es not-

wendig, Gedenkstätten zu historischen Gedenkort zu entwickeln. Der Bürgerstiftung liegt an, das zu unterstützen. In seinem Beitrag ließ Gerhard Fouquet aber auch erkennen – an seiner eigenen emotionalen Betroffenheit, die ihn in die Wissenschaft geführt hat –, wie sehr emotionale Betroffenheit zum Motiv für rationale Aneignung werden kann. Spannende Gedanken zur Bedeutung von Gedenkstätten in unserer Gesellschaft heute!

Werner Höfs nannte die Gudendorfer Gedenkstätte einen Lernort der Geschichte und verwies auf die Inschrift des Kranzes der Gemeinde: „Trauer braucht einen Ort und braucht auch einen Namen“. Das Gedenken an die Opfer wach zu halten, dazu rief auch Norbert Zimmermann auf. Er nannte Gudendorf ein Mahnmal gegen das Vergessen und für Demokratie, die gegen Intoleranz und Diskriminierung steht.

Dietrich Stein

„Eine Spur für deinen Ort“

Wettbewerb für Schüler zur lokalen NS-Geschichte im Kreis Pinneberg und Umgebung

Ende November 2015 endete der Schülergeschichtswettbewerb „Eine Spur für Deinen Ort“, der sich an Schüler des Kreises Pinneberg und des näheren Einzugsgebietes wandte. Für den veranstaltenden Förderverein *Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung e.V.* (kurz: Förder-

verein Spurensuche) war es die erste Ausrichtung eines solchen, auf eine jugendliche Zielgruppe ausgerichteten Wettbewerbs, und umso spannender war im Vorwege die Frage: Wird die lokale Geschichte des Nationalsozialismus mit der schwierigen Quellenlage bei heutigen Schülergenerationen überhaupt



Ausgezeichnete Leistungen: die Gewinner des Schülerwettbewerbs „Eine Spur für deinen Ort“

auf Interesse stoßen?

Um die Antwort vorwegzunehmen: Die Beteiligung war erfreulich. Innerhalb der sehr kurz bemessenen Wettbewerbslaufzeit von drei Monaten hatten elf Schülergruppen und Einzelschüler und eine Jugendgruppe ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet. Bis zum Einsendeschluss am 28. November 2015 gingen hiervon schließlich acht Wettbewerbsbeiträge ein, an denen insgesamt 26 Schüler aus fünf Schulen der Orte Elmshorn, Horst, Uetersen, Pinneberg und Wedel mitwirkten. Die Schüler waren im Alter von 16 bis 19 Jahren und befanden sich in den 10. bis 13. Jahrgangsklassen.

Der Förderverein Spurensuche, der diesen Wettbewerb in Koopera-

tion mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein, dem Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung in Schleswig-Holstein sowie der Bürgerstiftung der VR-Bank Elmshorn eG und unter der Schirmherrschaft des Kreispräsidenten Burkhard E. Tiemann veranstaltete, verfolgte das Ziel, Schüler selbst auf „Spurensuche“ zu schicken und selbstgewählte Aspekte der lokalen NS-Zeit zu rekonstruieren.

Im Rahmen des Geschichtswettbewerbs sollten Schüler nachzeichnen, wohin Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus auf der lokalen Ebene führten, neue, bisher unbeachtet gebliebene Aspekte der Ortsgeschichte aufgreifen und die erarbeiteten Beiträge schließlich auf

der Webseite www.spurensuche-kreis-pinneberg.de einem breiteren Publikum dauerhaft zugänglich machen.

Beworben wurde der Wettbewerb – neben einer flankierenden Presseberichterstattung – mit einem Flyer, der mit einem Lehreranschreiben an 37 Gemeinschafts-, Berufs- und Privatschulen sowie Gymnasien des Kreisgebietes und des Umfeldes versendet wurde. Die Bewertung der Wettbewerbsbeiträge nahm eine Jury aus Mitgliedern des Fördervereins sowie der Kooperationspartner vor.

Grundlage der Jury-Beurteilung bildete ein Bewertungsverfahren, in dem die Kriterien Themenidee, Quellenlage, Quellenkritik, zeitgeschichtliche Einordnung, Berücksichtigung des Forschungsstandes, textliche Darstellung und Einbindung von Quellen, Fotos und Filmen in die Bewertung einfließen. Die Beiträge wurden zudem entsprechend der Klassenjahrgänge gewichtet, um eine altersgerechte und chancengleiche Bewertung zu erzielen.

Anhand der eingegangenen Beiträge war ersichtlich, dass den Schülerinnen und Schülern vor allem das Arbeiten mit dem Medium Film Interesse bereitet. Die Hälfte der eingegangenen Beiträge beinhaltete neben einem Text auch einen Filmbeitrag.

Den krönenden Abschluss des Schülergeschichtswettbewerbs bildete die Preisverleihung am 11. Dezember 2015 in der Aula der Pinneberger Beruflichen Schule

des Kreises Pinneberg mit ca. 50 Gästen, bei der an die drei erstplatzierten Schülergruppen Geldpreise in Höhe von 200 bis 500 Euro vergeben wurden und allen Teilnehmern das neu erschienene, von Uwe Danker und Utz Schliesky herausgegebene Buch *Schleswig-Holstein 1800 bis heute* überreicht wurde (vgl. S. 224).

Den ersten Platz belegten Mark Schellenberg und Christian Karschau vom Johann-Rist-Gymnasium in Wedel für ihren Beitrag über einen weitgehend in Vergessenheit geratenen Findling auf dem Wedeler Rathausplatz, der mit dem Emblem des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert versehen ist. Mit Interviewpassagen mit einem Heimatforscher und vielen zeitgenössischen Abbildungen, die eine aufwendige Recherche erkennen lassen, wird die Geschichte dieses Steins nachgezeichnet und der Frage nachgegangen, wie nach 1933 die neuen Machthaber mit diesem öffentlichen Stein umgingen.

Nicht weniger interessant ist der zweitplatzierte Beitrag. Sieben Schüler vom Uetersener Ludwig-Meyn-Gymnasium bemühten sich herauszufinden, ob Adolf Hitler auch heute noch zu den Ehrenbürgern der Stadt Uetersen gehört. Bezeichnend an dem Beitrag ist, auf welche dubiosen Quellen sich offizielle Stadtvertreter hinsichtlich der vermeintlichen Aberkennung der Ehrenbürgerschaft beriefen, nämlich auf Wikipedia! Als Nachspiel

dieser Schülerrecherchen erfolgte inzwischen die Aberkennung der ungeliebten Ehrenbürgerschaft durch die Stadtverordnetenversammlung (vgl. S. 160).

Der dritte Platz ging an die Schüler Daniel Hansen und Luca Jöns aus der Jacob-Struve-Schule Horst. Sie recherchierten vier Flugzeugabstürze in der Zeit des Zweiten Weltkriegs in und um Horst.

Nicht zu unterschätzen sind auch die anderen Schülerbeiträge: Justine Hübner und Marc Selk, ebenfalls von der Jacob-Struve-Schule, erstellten einen Filmbeitrag über das Horster „Euthanasie“-Opfer Anna Wieneg, die in der „Heilanstalt“ Meseritz-Obrawalde umkam.

Hannah Kristen vom Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen erarbeitete einen biografischen Abriss über ihren Urgroßvater Franz Kristen, der als KPD-Mitglied von den Nazis inhaftiert wurde. Ihr Mitschüler Finn Meyer nahm sich des Lebenslaufs des Bruders von Franz Kristen, Josef Kristen, an, der ebenfalls aus politischen Gründen inhaftiert worden war. Neun Schüler der Bismarckschule Elmshorn ergründeten die NS-Zeit ihrer Schule. Als historische Quelle diente ihnen hier vor allem das Protokollbuch des Lehrerkollegiums.

Lediglich ein Beitrag zweier Schüler der Pinneberger Berufsschule über den SS-Mann Otto Krause und ein namensgleiches Bankvorstandsmitglied ließ zwar

das Interesse an historische Themen der NS-Zeit erkennen, erfüllte jedoch vorerst nicht die Anforderungen einer Veröffentlichung und wird daher noch nachgearbeitet.

Insgesamt bewertet war dieser mit Landes- und Bundesmitteln geförderte Schülergeschichtswettbewerb ein schöner Erfolg, der auch durch eine etwas holprig verlaufende Moderation bei der Preisverleihungsveranstaltung nicht getrübt werden konnte. Dass die eingegangenen Schülerbeiträge nicht frei von Fehldeutungen sind, resultiert aus der mangelnden Erfahrung im historischen Arbeiten. So erscheint die Aussage in dem Beitrag über den Wedeler Friedrich-Ebert-Stein, dass dieser heutzutage aus Respekt vor seiner Vergangenheit nicht mit Graffiti beschmiert wird, eher spekulativ.

Auch die Aussage in dem Filmbeitrag über das „Euthanasie“-Opfer Anna Wieneg über eine gesetzlich angeordnete „Euthanasie“-Tötung ist inhaltlich nicht richtig. Gerade auf eine gesetzliche Regelung des Krankenmordes wollten die Nationalsozialisten ganz bewusst verzichten. Dennoch ist aus den Beiträgen erkennbar, dass die teilnehmenden Schüler viel Zeit in Recherchen und Umsetzung der Beiträge investiert und sich mit einem großen Engagement in die schwierigen Themen eingearbeitet hatten.

Diese ersten Erfahrungen in der Ausrichtung eines Schülerwettbewerbs machen Mut zu einer Fort-

setzung. Um die Schülerbeteiligung zu intensivieren, wäre zukünftig zu überlegen, den Wettbewerbszeitraum auf mindestens ein halbes Jahr auszudehnen. Da eine Beteiligung von Schülern zumeist stark von der Mitwirkung der Lehrkraft abhängig ist, gilt es hier, Lehrer zielgerichte-

ter über den Geschichtswettbewerb zu informieren. Das Bereithalten von Themenbeispielen mit zugehörigen Quellenhinweisen erleichtert zusätzlich den Einstieg in die lokale Geschichtsforschung und verschafft eine erste Orientierung.

Jörg Penning

Zwei Stolpersteine für „Reichsausschusskinder“ Folge der Umbenennung des Frenssen-Wegs in Meldorf

Am 2. Dezember 2015 verlegte der Künstler Gunter Demnig in Meldorf zwei Stolpersteine. Zu dieser Aktion kam es auf dem Hintergrund der im Dezember 2014 durch die Stadtvertretung erfolgten Umbenennung des Gustav-Frenssen-Wegs in Siegfried-Lenz-Weg.¹ Im Lauf der Diskussionen zur Umbenennung hatte sich seinerzeit Dorothee Hunfeld als Vorstand der „Stiftung Mensch“ eingeschaltet und den Vorschlag gemacht, den Weg nach Heinke Hoffmann zu benennen, die 1941 im Kinderkrankenhaus Hamburg-Rothenburgsort infolge der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Ideologie und deren Anwendung ums Leben gekommen war.

Heinke war 1939 im damaligen Meldorfer Krankenhaus an der Österstraße 6 geboren. Die Gebäude ziehen sich auf das Gelände des benachbarten ehemaligen Gustav-

Frenssen-Wegs. Die Räumlichkeiten des damaligen Krankenhauses sind seit den 1980er-Jahren Wohnstätte und Zuhause für Menschen mit Behinderung. Dorothee Hunfelds Vorschlag konnte sich nicht durchsetzen. Die Stadtvertretung wollte sich aber mit dem Thema weiter auseinandersetzen.²

Dorothee Hunfeld hatte seinerzeit außer Heinke Hoffmann noch zwei weitere Kinder aus Dithmarschen genannt, Antje Hinrichs und Lisa Maria Huesmann, die auch in Hamburg-Rothenburgsort ermordet worden sind.³ Vorstandsreferentin Johanna Wichmann, Dorothee Hunfeld und der Kieler Jurist und Historiker Dr. Klaus Alberts verfolgten die Angelegenheit weiter. Mit Informationen stand ihnen Hildegard Thevs zur Seite, die in ihrem Buch *Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort* ausführlich über

1. Dietrich Stein, Viermal Abschied von Gustav Frenssen. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 55 (Kiel 2014), S. 177-179.

2. D. Stein, wie Anm. 1, S. 179.

3. D. Stein, wie Anm. 1, S. 178. Der hier genannte Name Ruthmann ist falsch. Es handelt sich um Lisa Maria Huesmann; siehe H. Thevs, wie Anm. 4, S. 192.



Stolperstein für Antje Hinrichs in der Meldorfer Grabenstraße 4

das Geschehen im Kinderkrankenhaus während der NS-Diktatur informiert.⁴

In die Gespräche wurde auch Anke Cornelius-Heide, Bürgermeisterin der Stadt Meldorf, einbezogen. Ihr war es sehr wichtig, der Kinder zu gedenken. Für die beiden, deren Lebensweg mit Meldorf verbunden war – Antje Hinrichs und Heinke Hoffmann – sollten möglichst zeitnah Stolpersteine verlegt werden. Dementsprechend

konnte der Termin mit dem Künstler Gunter Demnig abgemacht werden. Die Finanzierung der Aktion übernahm ein privater Sponsor.

Der Stolperstein für Heinke Hoffmann wurde in der Österstraße/Ecke Siegfried-Lenz-Weg verlegt, der für Antje Hinrichs in der Grabenstraße 4. Beide Kinder wurden ermordet im Rahmen der durch den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Lei-

4. Hildegard Thevs, *Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort – Biographische Spurensuche*. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Hamburg 2011, S. 132-230. Vgl. auch Andreas Babel, *Kindermord im Krankenhaus. Warum Mediziner während des Nationalsozialismus in Rothenburgsort behinderte Kinder töteten*. Bremen 2015.

5. Dazu ausführlich H. Thevs, wie Anm. 4, S. 132-143.



Foto: Dietrich Stein

Gunter Demnig verlegt den Stolperstein für Heinke Hoffmann

den“ verantworteten Aufforderungen zum Töten.⁵ Die so genannten „Reichsausschusskinder“ stellen ein weiteres düsteres Kapitel der nationalsozialistischen menschenverachtenden „Euthanasie“-Aktionen dar. Der 1938/1939 eingerichtete Reichsausschuss war „auf die Tötung von Säuglingen und Kleinkindern mit schweren Behinderungen gerichtet, die bei den Eltern lebten. Sie sollten bis zum Alter von drei Jahren (später erweitert auf sechzehn Jahre) erfasst, gemeldet und in geeigneten Einrichtungen beobachtet werden, bis eine Entscheidung getroffen wurde, ob sie weiterleben durften

oder getötet werden sollten.“⁶ Die Familien wurden über die tatsächlichen Hintergründe der Einweisung ihrer behinderten Kinder in dafür bestimmte Krankenhäuser, in denen so genannte „Kinderfachabteilungen“⁷ eingerichtet wurden, nicht in Kenntnis gesetzt. Nach der Ermordung der betreffenden Kinder wurden über ihren Tod bewusst falsche Angaben gemacht. In der Regel wurden Krankheiten, schwacher Körperzustand und ähnliches als Todesursache angegeben.

Heinke Hoffmann wurde am 22. Dezember 1939 im damaligen Meldorfer Krankenhaus geboren.

6. H. Thevs, wie Anm. 4, S. 137-138.

7. H. Thevs, wie Anm. 4, S. 141.



Antje Hinrichs – Erinnerung an ein Mordopfer an seinem letzten Wohnort

Der Vater war Betriebsleiter der Elektrizitätsversorgung Burg. Die Familie wohnte in der Waldstraße 8 in Burg.⁸

Heinke wurde am 25. Januar 1940 in Burg getauft. Wegen ihrer Behinderung wurde sie wohl am 31. Oktober 1941 nach Rothenburgsort gebracht und dort der Ärztin Lotte Albers zur „klinischen Untersuchung“ übergeben. Am 7. November 1941 wurde die Todesbescheinigung ausgestellt. Die Ärztin gab nach dem Krieg bei

einem Verhör durch den Ermittlungsrichter zu Protokoll, der Tod Heinkes sei bei einer Untersuchung unbeabsichtigt eingetreten. Am 13. November 1941 wurde in der Burger Kapelle mit einer Rede des Pastors Abschied genommen. Ihre letzte Ruhestätte fand Heinke Hoffmann auf dem Burger Friedhof im Familiengrab.

Antje Hinrichs wurde am 16. Januar 1940 im Jerusalem-Krankenhaus in Hamburg-Eimsbüttel geboren.⁹ Sie wurde getauft. Die

8. Über Heinke Hoffmann siehe H. Thevs, wie Anm. 4, S 191-192; ergänzt durch Informationen, die ich über Johanna Wichmann schriftlich erhielt – unter Mitwirkung weiterer Recherchen von H. Thevs entstanden –, außerdem durch Informationen von Heinkes älterem Bruder Heinrich Hoffmann (Telefongespräch am 4.4.2016) und durch die Burger Kirchenregister.

9. Über Antje Hinrichs siehe H. Thevs, wie Anm. 4, S. 188-191, und Aufzeichnungen J. Wichmann/H. Thevs, wie Anm. 8.



Foto: Dietrich Stein

Stolperstein für Heinke Hoffmann in der Meldorfer Österstraße/Ecke Siegfried-Lenz-Weg

Familie wohnte in der Diagonalstraße 14 in Hamburg-Hamm. In dem von der schweren Bombardierung Hamburgs am 27./28. Juli 1943 entfachten Feuersturm wurde die Wohnung zerstört. Antjes Vater blieb in Hamburg, wo er „als reaktiver Revieroberwachmeister der Schutzpolizei beim 55. Polizeirevier in Hamburg-Horn Dienst tat.“ Die Mutter kam mit ihren Kindern nach Meldorf, wo sie eine Unterkunft in der Grabenstraße 4 bekam. „Am 27. September 1943, [...] wies sie [Antje] der Meldorfer Arzt Hans Behrends in die damaligen Alsterdorfer Anstalten ein, weil sie „nervenleidend“ sei. Laut ärztlicher Diagnose lief sie nicht selbstständig, sprach

nicht, und wurde weder sauber noch trocken.“ Am 28. Juni 1944 wurde Antje nach Rothenburgsort verlegt, am 8. August wieder nach Alsterdorf und am 15. September wieder nach Rothenburgsort.

Der dort erfolgende Mord wurde später in einer Vernehmung von der Ärztin Ortrud von Lamezan beschrieben: „In der Station unserer Chirurgie lag im Herbst 44 ein idiotisches Kind namens Antje Hinrichs. [...] Fr. Dr. Albers legte mir das Kind auf die Station und sagte mir, daß Antje Hinrichs ein Reichsausschußkind sei. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich von einem Reichsausschußverfahren und einer Euthanasie noch nichts gesehen

und gehört. Fr. Dr. Albers, die Vollassistentin war, sagte mir, wenn die Genehmigung von Berlin komme, dann müsste ich dem Kind eine Spritze von 10 ccm Luminal geben. Dabei wiederholte sie auch, daß dieses alles gesetzlich sei. Fr. Dr. Albers trug mir alles in sehr energischer Weise vor. [...] wenige Zeit später erhielt ich einen Zettel, auf dem die Worte standen: ‚Genehmigung für Antje Hinrichs liegt vor!‘ [...] Schwester Holzhausen wusste über die Sachen Bescheid. Ich schrieb ein Rezept über 10 ccm Luminal und ließ dieses an die Hausapotheke gehen und erhielt 10 Ampullen Luminal ausgehändigt. [...] Auf dem Rezept wurde nicht vermerkt, für welches Kind das Medikament in Anspruch genommen würde. Das Rezept war lediglich ein Beleg für die Apotheke zum Nachweis, welche Station welches Medikament in Empfang genommen hat. [...] Ich habe mich dann im Oktober 1944 eines Tages zur Mittagszeit mit der Stationsschwester Holzhausen in das Zimmer begeben, in dem Antje Hinrichs lag. Die Schwester Holzhausen hielt das Kind, das weiß ich genau, und ich habe Antje Hinrichs die Spritze von 10 ccm Luminal in den oberen Quadranten des Gesäßes gegeben. Daß die Spritze tödlich wirken würde, war mir bekannt. Fr. Dr. Albers hatte mir gesagt, daß die Kinder nach der Luminal-Injektion eine Pneumonie

bekommen würden und ich glaube mich zu erinnern, daß Fr. Dr. Albers mir gesagt hatte, ich solle die Verabfolgung der Luminal-Injektion nicht in der Krankengeschichte vermerken. Genau weiß ich aber, daß sie mir sagte, ich hätte auf dem Totenschein als Todesursache ‚Pneumonie‘ anzugeben.“¹⁰ Am 27. Oktober 1944 starb Antje Hinrichs.

Bei einem anschließenden Treffen derjenigen, die an der Stolpersteinverlegung in Meldorf teilgenommen hatten, wurde deutlich, dass das Thema in Dithmarschen noch dringend wissenschaftlicher Bearbeitung bedarf. Mit Lisa Maria Huesmann (3. Mai 1940 – 19. Juni 1943), die im Kronprinzenkoog zuhause war und auch in Rothenburgsort durch eine Luminalspritze ermordet wurde¹¹, wird deutlich, dass nicht nur Meldorf betroffen war. Außerdem wurde auch eingehend über die Situation behinderter Kinder in Dithmarschen während der NS-Diktatur gesprochen.

Herzlich danke ich Johanna Wichmann von der „Stiftung Mensch“ für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieses Berichts. Ebenso danke ich Ute Ziollo von der Burger Kirche, Rudolf Böckmann/Burg und Inge Schwohn vom Burger Archiv. Dort erfuhr ich von Heinke Hoffmanns älterem Bruder Heinrich, der mir wichtige Hinweise gab. Ihm danke ich herzlich für das Gespräch. *Dietrich Stein*

10. A. Babel, wie Anm. 4, S.127-128, der hier aus den Akten der Staatsanwaltschaft zitiert.

11. Über Lisa Maria Huesmann siehe H. Thevs, wie Anm. 4, S. 192.